CDU dreht durch

Verfaßte Studentenschaft soll abgeschafft werden

Die Zeit, die sich Filbinger und Co. ausgewählt haben, scheint günstig: Nach Pontos Tod und Schleyers Entführung schwappt die Terroristen-Hysterie gegen die sogenannte „Sympathisantenszene“ förmlich über. Nicht zu bremsen ist der Eifer derjenigen, die schon immer nach „Zucht und Ordnung“ gerufen haben. Diese „Söhne und Töchter reicher Eltern“ seien ja nicht dumm, sie haben studiert: Und schon ist die Uni die Brutstätte des Terrors. Sind Böll und Gollwitzer schon gefährlich, die politischen Vertretungsorgane der Studenten sind „kriminell“. Beispielhaft wurde der AStA Göttingen herausgegriffen, der jetzt im zweiten Anlauf gesammelte Aggressionen der Bourgeoisie auszubaden hat.

Zum Kahlschlag hat der baden-württembergische Ministerpräsident und ehemalige Nazirichter, Filbinger, ausgeholt: Er will gleich die gesamte verfaßte Studentenschaft zerschlagen, um das Politische Mandat zu treffen. Ist es schon ziemlich unverfroren, wenn er dabei behauptet, die ASten seien in der Hand von „Extremisten aus dem Umfeld“ der „RAF“, so wird dies noch übertroffen durch seine Behauptung, die verfaßte Studentenschaft und damit auch die ASten seien „Relikte der Nazizeit“. Da die verfaßte Studentenschaft nach parlamentarischen Regeln funktioniert, erklärt Filbinger damit gleichzeitig dieses ganze System als faschistoid. Welche Glanzleistung.

„Zugleich mit meinem Amtsantritt ... wurde eine neue Hochschulverfassung verfügt, die tief in das herkömmliche Universitätsleben eingriff, Großen und Kleinen Senat beseitigte, einen Dozentenschaftsleiter und einen Studentenschaftsleiter einsetzte und dem Rektor das Führerrecht gab. Nur beratend steht ihm zur Seite der Senat ... Damit hielt das nationalsozialistische Führerprinzip Einzug auch in die Eberhard-Karls-Universität“. Diese Sätze sind zwar von Professor Dr. Focke, dem Rektor der Universität Tübingen und stammen aus dem Jahr 1937, was aber nicht heißen soll, daß der Universität nicht schon nach 40 Jahren wieder ähnliches blüht. Einer der Vorgänger des baden-württembergischen Kultusministers Hahn, Professor Dr. Christian Mergenthaler, hat schon am 2. Mai 1933 das ausgedrückt, wovon sein Nachfolger noch träumt: „Die deutsche Studentenschaft hat nur eine Verfassung, in welcher das Führungsprinzip klar und deutlich zum Ausdruck kommt. Das ist gut so, und es ist mein Wille, es wird eine meiner ersten Aufgaben sein, dafür zu sorgen, daß in keiner Organisation auf einer Hochschule noch einmal Majoritätsbeschlüsse gefaßt werden..“.

Wörtlich heißt es im Gesetzentwurf über die Universitäten im Lande Baden-Württemberg vom 22.8.77 (I):

§ 95.5 Beschlüsse und Wahlen in Vollversammlungen sowie Urabstimmungen sind unzulässig.

§ 95.6 Der Präsident oder Rektor führt die Aufsicht über die Studentenvertretung. Er hat insbesondere rechtswidrige Beschlüsse zu beanstanden und rechtswidrige Handlungen zu unterbinden.

§ 140 Die Studentenschaft als Gliedkörperschaft wird aufgehoben.

Das ist also das Relikt aus der Nazizeit!

Weil schon seit mehreren Jahren überwiegend kritische ASten zum Sprachrohr der Studentenschaft geworden sind, muß jetzt eben auf Demokratie verzichtet werden: Mit dem RCDS wäre das nicht passiert! SPD und FDP setzen sich dagegen in Pose: Sie sind die „Verfechter des Parlamentarismus“, der „Garant für Freiheit und Demokratie“. Der Nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Rau (SPD) „bezeichnet den Beschluß als Armutszeugnis“ und wirft der CDU vor, sie sei „zu feige, sich politisch mit den Studentenschaften auseinanderzusetzen und desertiere deshalb in Verbotmaßnahmen“ („Süddeutsche Zeitung“, 20.8.). Aber wer anders als die SPD hat mit der Kann-Bestimmung für die verfaßte Studentenschaft im HRG Leuten wie Filbinger Tür und Tor für die Abschaffung der verfaßten Studentenschaft geöffnet?

Wissenschaftsminister Pestel (Niedersachsen) und Dregger (wenn er die nächste Wahl in Hessen gewinnt) sind bereit, ähnliche Gesetze auch in ihren Ländern durchzusetzen und von da ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann das Gesetz in der gesamten BRD und Westberlin vereinheitlicht wird. Aber dieses Ziel ist noch längst nicht erreicht. Fast alle Versuche der letzten Jahre, die verfaßte Studentenschaft und das Politische Mandat abzuschaffen, scheiterten am Widerstand der Studentenbewegung. Lediglich in Bayern gelang es per Gesetz, dies zu erreichen – mit dem Erfolg, daß es heute „AStA e.Vs“ gibt und selbst die auf den RCDS zugeschnittenen Sprecherräte mehrheitlich von den Linken gestellt werden.

Auch die Lage im Lager des Gegners ist günstig für die Studentenbewegung. Der Vorstoß Filbingers kam überraschend, selbst für die anderen bürgerlichen Parteien SPD und FDP, sogar für Teile seiner eigenen Partei. Seinen studentischen Zöglingen vom RCDS hat er damit einige Schwierigkeiten bereitet. Denn der RCDS kann „nämlich kaum glaubhaft in den Wettbewerb mit den anderen Hochschulgruppen um die Gewinnung des AStA treten, wenn er sich vorhalten lassen muß, daß er zumindest diesen AStA, für den er kandidiert, gar nicht will“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 27.9.77). Dies alles sind Voraussetzungen dafür, daß dieser Versuch eines Kahlschlags zu einem Bumerang für die Reaktion wird.

Voraussetzung dafür ist jedoch, daß die Studentenbewegung geschlossen und bundesweit diesem Angriff entgegentritt. Papierne Resolutionen allein reichen nicht. Schon von Beginn des Semesters muß für Filbinger und Konsorten klar sein, daß die Studentenbewegung auf diese Provokation mit einer weiteren Radikalisierung ihrer Aktionen antworten wird. Ihnen muß klar werden, daß sie damit letztlich genau das Gegenteil von dem erreichen, was sie wollen: Die Ruhe an den Hochschulen wird damit nicht eintreten.

MSB und SHB haben den Kampf aufgegeben

Am 24.9. fand in Gießen eine Mitgliederversammlung der VDS statt. Erwartet werden hätte hiervon müssen, daß die Verteidigung der verfaßten Studentenschaft und die Verteidigung der angegriffenen ASten (Göttingen) im Mittelpunkt des Interesses stehen würde. Nicht so bei MSB, SHB und Stamokap-Jusos.

Mit einer schwindenden, aber immer noch eindeutigen Mehrheit, wurde der schon lange geplante bundesweite Streik Ende November bekräftigt, der „brutale Versuch, die Verfaßte Studentenschaft in Baden-Württemberg ganz zu zerschlagen, die neue Welle von Ordnungsrechtsverfahren und Skandalurteilen gegen die ASten“ wurden nur „zurückgewiesen“ (!!!) (Resolution der VDS-MV)

Was das konkret bedeutet, ist in einem vom Hamburger AStA (MSB, SHB, Juso) vorgelegten Info zu lesen: „Das politisch entscheidende Ziel des Streiks ist die kontinuierliche Fortführung der verschiedenen Seminarinitiativen und Projekte des Streikprogramms und ihre Einbringung in das offizielle Lehrprogramm (These 9)“ !!! Da man MSB und SHB weder (all zuviel) Dummheit, noch Unwissenheit über die Schwere der Angriffe vorwerfen kann, bleibt der Verzicht des studentischen Kampfes zugunsten eines „5-Jahresplans der MSB-eigenen Hochschule“ (LHV'ler auf der VDS-MV in Gießen über die beschlossene DGH).

Wenn wir also unser Ziel erreichen wollen, in diesem Fall den Erhalt der Verfaßten Studentenschaft in Baden-Württemberg, was bei so viel innerparlamentarischer und innerparteilicher Meinungsverschiedenheit auch im Bereich des Möglichen liegt, dann müssen wir ebenso eindrucksvoll, flexibel und schnell reagieren, wie wir es von unserem Gegner gewöhnt sind und auch einkalkulieren müssen.

Die baden-württembergische Landesregierung hat so z.B. am 4.7.77 auf die von der baden-württembergischen Landesastenkonzferenz (LAK) beschlossenen Studentenkämpfe seinen ehemaligen Plan, die dritte Lesung und Verabschiedung des LHG's am 28.11. durchzuführen, aufgege-

ben und auf den 10.11. vorverlegt, um unsere Kraft zu brechen, unsere Vorbereitung zu verkürzen. Auch die Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft hat sie erst im letzten Augenblick (18.8.) und mitten in den Semesterferien bekanntgegeben. Da die Basisgruppen die Mehrheit in der LAK-Baden-Württemberg haben, konnten dort sofort neue Kampfschritte beschlossen und vorbereitet werden:

Am Tag der 2. Lesung des LHGs, am 20.10., regionale Demonstrationen und Vorlesungsboykott, Streik in Baden-Württemberg am 3.11. Bundesweit: Demonstration am 9.11., einen Tag vor der 3. Lesung.

Ähnliches sollte auch für die anderen Bundesländer beschlossen werden.

Weil die Zerschlagung der Verfaßten Studentenschaften alle Studenten bedroht und weil „für alle Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn es nicht gestoßen wird“ (Mao), unterstützen wir den Vorschlag: Bundesweiter Aktionstag am 20.10., dem Tag der 2. Lesung des LHG's, Unterstützung der Demonstration am 9.11. in Stuttgart anlässlich der 3. Lesung bundesweit, oder gegebenenfalls weitere regionale Demonstrationen (wenn dies die Mobilisierung zuläßt), weitere Aktionen bis hin zu Streikmaßnahmen anlässlich der 3. Lesung am 10.11. und nach einer eventuellen Verabschiedung.

Für den Erhalt der Verfaßten Studentenschaft!
Für das Politische Mandat!
Für die Wiedereinsetzung des Göttinger AStA!
Keinen Fußbreit den Relikten aus der Nazizeit!

Worauf wartet ihr?
Daß die Tauben mit sich reden lassen
Und daß die Unersättlichen
Euch etwas abgeben!
Die Wölfe werden euch nähren statt euch zu verschlingen!
Aus Freundlichkeit
Werden die Tiger euch einladen
Ihnen die Zähne zu ziehen!
Darauf wartet ihr!
(Bertolt Brecht)

Herausgeber:
Sozialistischer Studentenbund (Hamburg)
Sozialistischer Studentenbund (Westberlin)
Sozialistischer Studentenbund (Göttingen)
und die Studenten des KB an anderen Hochschulen

Presserechtlich Verantwortlich: Heinrich Eckhoff, Schlüterstraße 4, 2000 Hamburg 13
Druck: Hein & Co, 2 Hamburg 50, Auflage 20.000, Erscheinungsdatum 8.10.77